

Kempter Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kempten, Bad Schmiedberg und Umgegend

Ercheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. - Wochenliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Mittwoch's Unterhaltungs-Beilage“. - Täglich für Abnehmer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kempten 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. - Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenreife Preisliste oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenreife Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unbedingt gesichert oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. - Beleggebühren: 10.- M. das Laubend, zuzüglich Postgebühren. - Schlusß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kempten, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 136

Dienstag, den 17. November 1931

33. Jahrg

Stand der öffentlichen Verschuldung.

Gesamtschuld rund 24,1 Milliarden Mark.

Berlin, 15. November.
Wie aus einer Uebersicht des Statistischen Reichsamts hervorgeht, ergibt sich für Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. März 1931 eine Verschuldung von rd. 24,1 Milliarden RM, unter Ausschluß der gegenfälligen Schuldbeziehungen zwischen den Körperschaften, die sich auf etwa 1,4 Milliarden RM belaufen.

Die Summe der auf den Kreditmärkten aufgenommenen Schulden hat sich seit der erstmaligen Erfassung im Jahre 1928 um rd. 9 1/2 Milliarden RM erhöht, bleibt jedoch auch unter Berücksichtigung der Lasten, daß außer den Gebietskörperschaften die rechtlich selbständigen öffentlichen Betriebe erhebliche Schulden aufweisen, immer noch hinter dem Betrag von rd. 32 Milliarden RM im letzten Vorjahresjahr zurück. Dagegen hat die Zinsbelastung aus den Schulden die Vorjahreshöhe längst überschritten. Wenn man mit einer Durchschnittszinsverteilung von nur 7 Prozent rechnet, ergibt sich gegenwärtig eine Jahreslast (ohne Tilgungszinsen) von rd. 1,7 Milliarden RM gegenüber rd. 1,3 Milliarden RM im Jahre 1914 (Durchschnittszins etwa 4 Prozent). Die jährliche Zinslast ist also trotz niedrigerer Verschuldung um rd. 400 Millionen RM gewachsen.

Im Gesamtrahmen der Verschuldung der deutschen Wirtschaft, die auf etwa 90 Milliarden RM zu veranschlagen ist, nimmt die Verschuldung der Gebietskörperschaften mit rd. 27 v. H. eine bedeutende Stellung ein.

Das Anwachsen der öffentlichen Schulden hat sich seit 1928 von Jahr zu Jahr verringert (Neuzugänge in den drei Jahren 3,6, 3,2 und 2,8 Milliarden RM). Der nach der Währungsstabilisierung angestrebte Kreditbedarf wurde allmählich befriedigt, und es sind einzelne öffentliche Aufgaben mit hohen Kapitalerfordernissen (z. B. Wohnungsbau) bis zu einem gewissen Grade gelöst worden. Von der Gesamtzunahme der Jahre 1928 bis 1931

in Höhe von 9,48 Milliarden RM entfallen nicht weniger als 2,14 Milliarden RM auf die Kriegs-(Polen) Schindenschuldenrückstellungen und die Reparationsanleihe des Reiches (Young-Anleihe zu zwei Dritteln), die zwar eine Zins- und Tilgungslast, aber keinen verminderten Kapitalzufluß brachten.

Die gelamte Kreditmarktsverschuldung

(24,1 Milliarden RM) verteilt sich am 31. März 1931 mit 11,34 Milliarden RM oder 47,1 v. H. auf das Reich, mit 9,93 Milliarden RM oder 41,3 v. H. auf die Gemeinden (Gemeindeverbände), mit 2,17 Milliarden RM oder 9 v. H. auf die Länder (ohne die Hansestädte) und mit dem geringen Rest von 0,64 Milliarden RM oder 2,6 v. H. auf die Hansestädte.

Daß gegenwärtig beinahe die Hälfte aller öffentlichen Schulden auf das Reich entfällt, ist immer noch eine Auswirkung des Krieges und der Kriegszugänge, während die hohe Quote der Gemeinden hauptsächlich durch den ersten Investitionsbedarf der letzten Jahre bedingt ist.

Dem absoluten Betrag nach ist das Reich am höchsten verschuldet.

Seine gesamten Verpflichtungen übersteigen die Kommunal-schuld noch um etwa 100 Millionen RM, während sie in den vergangenen Jahren meist hinter ihr zurückblieben. Der Kapitalwert der Verschuldung ist mit 406 RM am höchsten bei den Hansestädten. Er liegt noch um etwa 100 RM über dem Betrag für die zum Vergleich am besten geeigneten Großstädte (305 RM), jedoch hat sich hier seit 1928, wo die Zahlen relativ noch weiter auseinander lagen (260 RM für Hansestädte, 168 RM für Großstädte), eine gewisse Annäherung ergeben.

Die Schulden der Großstädte zeigen die häufige Steigerung seit 1928 (rd. 97 v. H.). Sie geben innerhalb der Gemeinden lo sehr den Ausschlag, daß sich für die Kommunalverschuldung überhaupt die höchste Steigerungszahl erreichte (72 v. H. des Standes von 1928 gegenüber 39 v. H. beim Reich und 48 v. H. bei den Ländern).

Reparationen und Kredite

Baldwin vor dem Unterhaus.

London, 14. November.

Am englischen Unterhaus sprach Baldwin über die finanzielle Lage Englands und auch Deutschlands. Die Konsequenzen über die Goldwährung bezeichnete er als notwendig. Mit Bezug auf die Kriegsschulden und Reparationen erklärte Baldwin, die ganze Welt sei sich heute darüber klar, daß die Abkommen aufgenommen worden seien. Die durch Hoover eingeleitete Währungsreform nicht aus. Die Zukunft ist ungewis, der Vertreter der Regierung hat auf der Londoner Konferenz im vergangenen Juli erklärt, daß die Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse in Deutschland im Interesse der ganzen Welt liege.

London ist in hohem Maße behilflich gewesen bei der Finanzierung Deutschlands, und hat es dadurch ermöglicht, seinen internationalen Handel fortzuführen, seine Reparationen zu zahlen. Diese finanziellen Vorteile waren nicht imputabil, sie hätten die beste Art von Sicherheit und die dem Markt bekannt war, und es ist klar, daß die Sicherheit

für diese Verpflichtungen nicht durch politische Schulden gefährdet werden darf. Wenn dies Platz greifen würde, würde es Deutschlands Handelskredit gefährden, und wenn einmal Deutschlands Handelskredit zerstört wäre, würde es überhaupt keine Zukunftsaussichten auf Reparationen geben.

Deutsch-französische Differenzpunkte.

Provisorium und Kreditfrage.

Berlin, 15. November.

In der gegenwärtigen Verhandlungsphase, soweit sie sich durch die letzte deutsche Fühlungsnahme kennzeichnet, spielen, wie zuverlässig verlautet, vor allem zwei deutsch-französische Differenzpunkte eine Rolle, und zwar wird von französischer Seite der Standpunkt vertreten, daß die letzte zur treffende Regelung streng auf den Zeitabschnitt der gegenwärtigen Krise beschränkt bleibe. Ein Inkrafttreten des Youngplans soll für den Fall erfolgen, daß eine Besserung der Lage eingetreten ist.

Das bedeutet also, daß die französische Regierung die jetzige Regelung nur als ein Provisorium ansieht, nach deren Ablauf die Verpflichtungen des Youngplans wieder aufgenommen werden sollten, während auf deutscher Seite eine endgültige Regelung in Vorlauf gebracht werden ist, da sich gezeigt hat, daß der Youngplan in seiner jetzigen Gestalt überhaupt nicht mehr für die Reparationsfrage brauchbar sein kann.

Die zweite Differenz liegt in der Auffassung über die Frage der kurzfristigen Kredite. Von französischer Seite wird anerkannt, daß eine Regelung der kurzfristigen Kredite erfolgen muß. Es wird jetzt darauf hingewiesen, daß in dem Katalog der kurzfristigen Kredite sich solche finden, die ohne weiteres zum Ausfall kommen müssen. Werden diese faulen Kredite aus dem Gesamtrahmen herausgenommen, so würden, wie die Franzosen meinen, Mittel zu Reparationszahlungen frei.

Von deutscher Seite wird das mit Recht bestritten.

Außerdem sind die Schwierigkeiten bei der Auffassung der Kredite ungeheuer groß, und vor allem würde Deutschland durch eine solche Regelung, wenn sie überhaupt möglich wäre, allerschweren Schaden im Hinblick auf seinen Auslandskredit erleiden. Ueber diese beiden Punkte wird Staatssekretär von Bülow bei seiner Anwesenheit in Paris mit den beteiligten französischen Stellen noch verhandeln. Dazu kommt dann weiterhin noch die Frage, ob reber dem Sachverständigenausschuß der VÖZ, noch ein zweites Ausschuß mit erweiterten Vollmachten eingesetzt werden soll.

Die erste Kommissionsitzung.

Paris, 15. November.

Ueber den Verlauf der ersten Sitzung der Gemischten deutsch-französischen Kommission ist zu berichten, daß Ministerpräsident Laval in seiner Begrüßungsansprache auf die Besprechungen mit Reichsminister Dr. Brüning anknüpfte und die Notwendigkeit betonte, zur Behebung der Weltwirtschaftskrise in einem gemeinsamen Interesse zu gelangen. Staatssekretär Dr. Trendelenburg überbrachte die Grüße des Reichskanzlers, der zur Mitarbeit in jeder Hinsicht bereit ist.

Kein Geld von Frankreich.

Erklärungen Lavals im Senat.

Paris, 15. November.

Vor den Staatsauschüssen für auswärtige Politik und Finanzen, die gemeinsam verammelt waren, legte Laval Wert auf die Feststellung, daß er in Bezug auf die Regelung der Reparationsfrage noch keinerlei Garantien übernehmen könne, bevor der Bericht der Sachverständigen nicht aufgestellt worden ist, deren Einberufung die Reichsregierung nun beantragt werde. Nach der Erfüllung der Zahlungspflicht Deutschlands würden die beiden Regierungen in aller Offenheit und Freiheit ihre beiden Auffassungen miteinander vergleichen.

Frankreich denke jedenfalls nicht daran, in irgendeiner Form französisches Geld nach Deutschland zu bringen. Außerdem würde die Summe der Deutschland benötigte, derzeit hoch sein, daß man annehmend deutscherseits bereits jede Hoffnung auf eine Anleihe habe fallenlassen.

Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats.

Tariffragen und Zinsentscheidung.

Berlin, 15. November.

Bei den bisherigen Beratungen des Wirtschaftsbeirats hat sich gezeigt, daß die bisherige Verhandlungsmethode zwar dazu geführt hat, die Stellungnahme der einzelnen Mitglieder des Wirtschaftsbeirats zu präzisieren, die Formulierung von Beschlüssen für ein Wirtschaftsprogramm wurde dabei jedoch nicht in dem gewünschten Maße gefördert.

Deshalb hat man sich zu einer Veränderung der Verhandlungsmethoden entschlossen und es haben im besonderen der Arbeitskreisminister Stegerwald und der Reichswirtschaftsminister Warmbold Verhandlungen mit einzelnen Gruppen des Wirtschaftsbeirats geführt, und dabei vor-

nehmlich die Frage der Zinsentscheidung und der Auslieferung der Tarife erörtert.

Bei der Auslieferung der Tarife ist in Aussicht genommen eine Veränderung der Tarifperiode insofern, als diese Verträge in Zukunft nicht mehr ein Gebiet in dem bisherigen Umfang umfassen sollen, sondern es besteht die Aussicht, diese Tarifverträge nach Branchen härter einzugrenzen. Weiter spielt die Kündigungstabelle und die Feststellung gewisser Ausnahmefälle eine Rolle in dem Sinne, als unter Umständen den Betrieben eine untertarifliche Bezahlung zugestanden werden soll, die bei der Gültigkeit der Tarifhöhe nachweisbar mit Verlusten arbeiten müssen.

Forderungen des Großhandels.

Für internationale Stabilität der Währung.

Präsidentium und Vorstand des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Leberie-Handels hielten dieser Tage in Berlin eine Tagung ab. Zunächst wurden die Fragen der Devisenbeschränkung besprochen. Es wurde die Notwendigkeit betont, alle Kräfte für die Wiederherstellung der internationalen Stabilität der Währungen wegzurufen der wichtigsten Länder und für die Befestigung der vorhandenen Bestreitungen einzusetzen. Die Rückkehr zu den primitivsten Formen des Tauschverkehrs sei sonst unvermeidlich.

In der weiteren Aussprache wurde bedauert, daß die Maßnahmen der Reichsregierung zum Teil zu spät erfolgt seien, zum Teil sich als völlig unzulänglich erweisen hätten. Die wiederholt versprochene Senkung der Selbstkosten sei nicht erfolgt. Der Großhandel lie in vielen feiner Zweige in einer geradezu verzweiflungsvollen Lage.

Aus Anlaß der Beratungen des Wirtschaftsbeirats wurde die Forderung wiederholt, daß man schnellstens zu einer Zinsverteilung gelangen müsse. Vor allem wurde baldige Senkung des Reichsbankdiskonts verlangt. Weiter wurden Maßnahmen für notwendig gehalten, um die Fähigkeit der Zahlungsfähigkeit fauliger Schuldner zu befestigen.

Die Regierungsvorlage über ein Zugabeverbot.

Der Reichsausschuß für das Zugabeverbot nimmt zu dem von der Reichsregierung veröffentlichten Entwurf über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen im Falle der Geldknappheit entsprechende Vorstöße in den grundlegenden Fragen keineswegs der Ähnlichkeit der Zugabegenegner. Von zahlreichen sachverständigen Stellen ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß nur eine Regelung, die lediglich festlegemärkte alle eigenen Verbrauchs- oder Gebrauchswert ausnehme, den Forderungen gerecht werden könne. Das Zugabeverbot würde auch dann keinerlei Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Gefolge haben, denn in der Regel stellen sowohl Hauptware als auch Zugabe Gegenstände des täglichen Gebrauchs dar, die dann auf dem normalen Wege in den Einzelhandel an den Verbraucher gelangen dürfen.

Kulturelle Not.

Bis zu fünfzig Prozent Minder bei der Wissenschaft.

Berlin, 15. November.

Die gewaltige Finanznot wird sich in den nächsten Etats des Reichs und der Länder bedauerlicherweise auch sehr stark bei den Ausgaben für die Wissenschaft und für kulturelle Zwecke bemerkbar machen. Aus den Verhandlungen zwischen preußischem Kultus- und Finanzministerium ist der preußische Kultur-Etat für 1932 mit ganz erheblichen Minderungen hervorgegangen.

Um an einem Beispiel zu zeigen, wie stark die Kürzungen sein sollen, sei darauf hingewiesen, daß der Staatszuschuß für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, eine der hervorragendsten deutschen wissenschaftlichen Organisationen, mit großen Forschungsinstituten, von 500 000 auf 250 000 M. herabgesetzt werden soll. Starke Minderungen werden auch die Ausgaben für Universitäten und andere wissenschaftliche sowie kulturelle Zwecke erfahren. Insofern werden neben der Finanznot die wissenschaftlichen Hilfsfonds des Kultusministeriums, aus denen Zuschüsse für wissenschaftliche Zwecke gewährt werden. Bei ihnen sind Kürzungen um teilweise 50 Prozent erfolgt.

Gleiche Sicherheit für alle!

Erklärungen des Reichswehrministers.

Berlin, 14. November.

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ erklärte Reichswehrminister Groener unter anderem:

Sie fragen mich, ob Deutschland beabsichtigt, eine nationale Sicherheit dadurch wiederherzustellen, daß die gleichen Abrüstungsmaßnahmen, die 1919 auf die besiegten Länder angewandt wurden, jetzt für alle Staaten in Geltung gesetzt werden.

Diese Frage trifft das Kernproblem der Abrüstung, so wie es sich von Deutschland aus darstellt. Deutschland hat das Recht auf gleiche Behandlung wie alle anderen Staaten. Es hat das Recht auf die gleiche Sicherheit und auf die gleichen Methoden der Abrüstung.

Kreise Des Lebens hineinragen wollte, mußte von vornherein die Gründung eines Frontkämpferbundes, einer Selbstschutzorganisation, eine politische sein. Heute dürfte der Stahlhelm sagen, daß der Bund sich in seinen Zielen, seinem Wesen und in seiner Arbeit nicht zu ändern oder umzustellen brauchte. Allerdings habe man die Kampfmethoden und das Kampffeld manchmal wechseln müssen. Der Stahlhelm habe sich dem ersten Tage an nach Weggefährten, Mitkämpfern umgeben. Wenn jetzt nach dreizehn Jahren, zu Harzburg eine nationale Opposition aufzumachen konnte, so sei dieses Einigungswort Hauptverdienst der selbstlosen Arbeit des Stahlhelms. Auf die Barriere einer Parteibildung verziehe der Stahlhelm. Er fordere aber als politische Maßnahme Gleichberechtigung bei der Machtverteilung, Kabinettsbildungen und bei der Reichspräsidentenwahl. Die Rede schloß mit der Versicherung, daß der Stahlhelm weber putzen noch überumpeln, sondern überzeugen wolle.

Hessischer Wahl-Sonntag.

Erstmalige Wahlbeteiligung.

Darmstadt, 16. November.

Selten hat eine Landtagswahl in einem der kleineren deutschen Länder derart die Aufmerksamkeit des gesamten Reiches auf sich gezogen wie diesmal die Neuwahl des Hessischen Landtags. Bestimmend dafür ist das Herannahen der Landtagswahl in dem größten deutschen Lande, in Preußen. Und die Tendenz dieser, auch für die Reichspolitik bedeutsamen Wahl kann man bereits jetzt zu einem Teil aus der Umsichtung der Wählermassen erkennen, die sich jetzt bei den Wahlen in anderen Reichsteilen entfaltet.

Daß die Landtagswahl in Hessen starke Veränderungen bringen würde, stand bereits fest, ehe überhaupt die Urnen aufgestellt worden waren. Das bisherige Landesparlament Hessens war 1927 gewählt worden, also zu einer Zeit, wo das politische Gesicht Deutschlands ganz andere Züge zeigte als heute. Zur Illustration genügt der Hinweis, daß 1927 die Nationalsozialisten, die jetzt selbst im kleinsten Dorf stark vertreten sind, den Wahlkampf überhaupt noch nicht betreten hatten.

Wertmüdigereisse haben die großen politischen Fragen, um die in Deutschland seit Monaten der Kampf geht, und deren Lösungsmöglichkeiten die Gemüter erhitzen, nicht verhindert, daß 1921 in Hessen noch mehr Parteien um die Gunst der Wähler geworben haben als 1927. Waren es damals 8 Parteien, die Listen eingereicht hatten, dann betrug diesmal die Gesamtzahl sogar 13, und dabei ist diesmal die Wirtschaftspartei noch ausgeschlossen, weil die von ihr eingereichten Listen als den gesetzlichen Bestimmungen widersprechend zurückgewiesen worden waren.

Als eine lokale Besonderheit der hessischen Wahl verdient Erwähnung, daß für den Ausfall die Stimmabgabe des flachen Landes entscheidend war, wohnen nach der Statistik doch mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten in Dörfern mit weniger als 500 Einwohnern. Daß es so den Parteien, die übrigens sämtlich ihre erste Reihenrangfolge eingeleitet haben, nicht leicht geworden ist, an die Wähler heranzukommen, liegt auf der Hand. Bei den lebenskräftigen Parteien wurden die Schwierigkeiten aber dadurch überwunden, daß allenthalben überzeugte Freunde vorhanden waren, die keine Mühe und keine Arbeit scheuten, um die Wahlen aufzuräumen und das Meer der Wahlmänner, dem 1927 noch 45 Prozent der Stimmberechtigten angehörten, in Bewegung zu setzen.

Das ist diesmal in weitgehendem Maße gelungen, betrug doch die Wahlbeteiligung durchwegs 80 bis 90 Prozent. In verschiedenen Städten und Gemeinden hatten bereits in den Mittagsstunden mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt. In mehreren Orten waren um die Mittagszeit sogar bereits 80 Prozent der Wähler an der Urne gewesen. Zu Widersprüchen ist es während der Wahlhandlung nicht gekommen. Auf dem Lande war die Wahlbeteiligung gleichfalls außerordentlich hoch.

Es geht eben in Deutschland nicht mehr darum, ob hier und dort diese oder jene Koalition aus Rüdern kommen soll, sondern wie sich jetzt in einem Auseinanderlegungsprozeß gezeigt, in dem sich die Gelfter scheiden und neue Fronten entstehen. Der Blick muß jetzt, gleichgültig ob ein neuer Landtag oder ein neues Kommunalparlament gewählt wird, immer auf das Ganze gerichtet werden. Wir müssen heraus aus dem Wirrwarr der Parteienvielfalt und die handlungsfähigen Gebilde schaffen, die Notzeiten wie die unfrische erfordern.

Insgesamt waren in Hessen 70 Abgeordnete zu wählen, und zwar entfiel auf je 20 000 Staatsbürger ein Abgeordneter. Im alten Landtag hatten das Zentrum und die Sozialdemokraten mit 37 Abgeordneten die Mehrheit. Die Staatspartei, deren Mitglied Korrell als Arbeitsminister der alten Regierung angehört, war offiziell an der hessischen Staatsregierung nicht mehr beteiligt. Im Ruder war diese Koalition durch die verschiedenen Wahlen hindurch mehr denn je im Jahre.

Nationalsozialistischer Wahlsieg.

Das Ergebnis der Wahl zeigt ein gemaßtes Anwachsen der Nationalsozialisten, die die stärkste Partei werden. Gewinne haben auch die Kommunisten zu verzeichnen, während alle anderen Parteien Verluste erlitten haben, der besonders stark ist beim Landbund, DVP, und bei der SPD. Nach dem vorläufigen Ergebnis verteilen sich die Mandate wie folgt:

	1931	1927
Sozialdemokraten	15	(24)
Zentrum	10	(13)
Kommunisten	10	(6)
Rom. Opposition	1	(—)
Deutsche Volkspartei	1	(7)
Staatspartei	1	(5)
Nationaldemokraten	—	(—)
Christlich Soziale	1	(—)
Volkrechtler	—	(3)
Landbund	2	(9)
Deutschnationale	1	(3)
Sozialistische Arbeiterpartei	1	(—)
Nationalsozialisten	27	(—)

Die Liste der Wirtschaftspartei wurde nicht zugelassen, da sie nicht den Bestimmungen des Wahlgesetzes entsprach.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kemmer, den 16. November 1931

Busstag.

Es war ein rechter Gedanke, den Menschen einen Tag im Jahre zu geben, an dem sie frei von allen Verpflichtungen und Aufgaben des Alltags einmal Gelegenheit haben, stille innere Einkehr zu halten. Wege zum frühmorgens und Unruhenshaften, und bieten um Schutz und Barmherzigkeit, das ist der Sinn dieses preussischen Fuß- und Bettages. Stille Einkehr — auch das äußere Gepräge dieses Tages ist darauf zugeschnitten. Still stehen die Räder, aufgehört hat für einen Tag der jähre Kampf um das irdische Dasein. Singen und Vergnügen in den Wäldern ist auf einen Tag verbannt, und das einzige, was die Stille dieses Büttages durchbrocht, ist der festliche Ton der runden Glocke, der mahnenden Glocke, die uns da sagen will: „Kommt und haltet Einkehr, denn auch ihr habet euren Gott etwas zu sagen!“ Wie heißt doch das Epistel des Büttages? „Gebet ein durch die enge Pforte; denn die Pforte ist weit, und der Weg ist breit, der zum Verdamnis abführt; und ihrer sind viele, die darauf wandeln. Und die Pforte ist enge, und der Weg ist schmal, der zum Leben führt, und wenige sind, die ihn finden. Auch wir sollen an jenem Busstag durch die Pforte gehen, die uns frei macht, die uns den Weg zeigt, der zum Leben führt.“

Wenigen in schwarz verlassen die Gotteshäuser, ernst und gemessen, und ihre Schritte tören den Friedhof zu, auf dem der eine oder andere Angehörige ruht, dessen Seele auch die Pforte gefunden hat, durch die man in das ewige Leben eintritt. Es ist zwar der letzte Sonntag des Kirchenjahres dem Geben unserer Taten gewidmet, aber der Busstag bringt viele schon an die Gräber ihrer Lieben, weil sie an diesem Tage besser Einkehr und Zwiegespräche halten können. Und diejenigen, denen das Glück befiel, sind noch niemandem auf dem Friedhofe zu wissen, der ihnen im Leben nahestand, auch sie sollen an diesem Tage stille Einkehr und ernstes Bedenken halten. Der Weg, der zum Leben führt ist sehr schmal, und wenige sind, die ihn finden!

Busstag und Polizeiverordnung. Die am 7. November in Kraft getretene Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen bringt für den Busstag und Totensonntag eine Reihe von Einschränkungsbestimmungen für die Abhaltung öffentlicher Veranstaltungen. Öffentliche Tanzveranstaltungen u. ä. sind auch am Vorabend des Büttages verboten. Aber auch sonstige öffentliche Veranstaltungen gegen Eintrittsgeld, so Fußballspiele, Rennen, Boxkämpfe usw. sind am Busstag und Totensonntag verboten. In solchen mit Schanzarbeiten jeder Art sind alle musikalischen Darbietungen mit Ausnahme des Rundfunks verboten. Bei Theatern (nicht Varietés usw.) und Kinos ist die Aufführung eines dem Tage angepaßten Programms erlaubt.

Morgen Dienstag abend findet die Wahl des Bürgermeisters statt, eine Wahl, die für das künftige Leben in den nächsten 12 Jahren maßgebend ist. Mit allen Bürgern hoffen wir auch, daß es den Stadtverordneten gelingen werde, einen Bürgermeister zu finden, dessen inneres Versehen es ist, nur der Stadt und ihren Bürgern zu dienen, dessen Verstand aber auch dafür Genügte bietet, daß die unter schwerer wirtschaftlicher Last aufgeborenen Stettener nicht finstlos verbergt werden, der aber trotzdem einen offenen Blick haben muß für die Fortentwicklung unseres Städtchens. Und nun Glück auf zur Wahl, möge der morgige Dienstag ein heller, leichter Tag in der Geschichte Kemmers bleiben.

Den Grundfaß „Qualität über alles“ hat die Maggi-Gesellschaft auch bei Wählung ihrer Kräfte für die fleißige Verwendung von Maggi's Grünzeugen gelten lassen. Die einzelnen Gegenstände sind durchwegs reaktiv und qualitativ würdig gut. Die Hausfrauen werden ihre Freude daran haben. Zu überdies bei der vielfältigen Verwendung von Maggi's Grünzeugen im Haushalt schenkt die nötige Anzahl Gutscheine beizammen ist, lohnt es sich, diese zu sammeln.

Wieder Maul- und Klauenseuchengefahr? Der amtliche Bericht über den Viehschaden in der Provinz Sachsen in der zweiten Hälfte ist mit, daß die Maul- und Klauenseuche wieder in größerem Umfang auftritt, nachdem es noch bis vor kurzer Zeit so ausgefallen hatte, als ob kein Erbförder der Seuche zu rechnen sei. Am 1. November wurden 154 verlaufene Güter gezählt, von denen 90 neu befallen waren, am 15. Oktober wurde die Seuche auf 100 Schöpfen festgelegt. Auch im Kreise Delitzsch lag bekanntlich ein Seuchenfall vor.

Wittenberg, 13. Nov. Ein Abgeordneter der Kommunistischen Parteiopposition hatte im preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, in der über die Nichtbeachtung der Tagungen des Kreistages in Wittenberg durch den Landrat Beschwerde geführt wurde. In seiner Antwort weist der vereidigte Innenminister darauf hin, daß die öffentliche Bekanntmachung bevorstehender Kreistagungen geteilt nicht vorgeschrieben sei. Gemäß § 118 der Kreisordnung würden die Kreistagsabgeordneten jedoch mindestens 14 Tage vor der Sitzung eingeladen, so daß sie hinlänglich Gelegenheit hätten, die Interessenten rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen.

Höben, 14. Nov. Das gefährliche Seil auf dem Ferkelmarkt. Einen bedauerlichen Unfall erlitt heute früh gegen 7 Uhr der 16jährige Schüler Warnede aus Dornau. Er wollte den Paradeplatz mit seinem Fahrrad überqueren, sah aber infolge des Nebels das für den Ferkelmarkt vom Baum zu Baum gespannte Seil nicht und fuhr mit ziemlichem Gewalt dagegen. Beim Sturz schlug er so unglücklich auf, daß er neben Hautschürfnissen eine starke Verletzung am Auge davontrug. Mitfahrer brachten ihn zum Arzt, der seine Heberführung nach Bitterfeld veranlaßte.

Dranienbaum. (Bom Klavier begraben.) Im „Goldenen Horn“ ereignete sich beim Umstellen eines Klaviers ein Unglücksfall, der sehr leicht hätte schlimme Folgen haben können. Das Klavier fiel plötzlich um und begrub eine Frau unter sich. Der Hausbesitzer konnte das Klavier sehr schnell wieder hochheben und die Frau, die neben verschiedenen Querschnitten die Junge z. Z. durchgefallen hat, aus ihrer gefährlichen Lage befreien.

Soblenke, 13. Nov. (Vorläuf vor einem Kranzschmeller.) Unter der Vorgabe, von der ärztlichen Genossenschaft aus Leipzig beauftragt zu sein, erziehen bei einigen Familien ein fremder Mann im Alter von 38 bis 40 Jahren und bot „Vitaminalkraft“ für teures Geld an. Dabei zeigte er ein Vefestbuch mit vielen Namen vor und veranlaßte die Käufer zur Vorauszahlung, ohne dann die Ware zu liefern. Der Fremde trägt dunklen Anzug, braunen Hüter, Schlapput und eine Brille mit Hornfassung.

Notruf des Landbundes

Forderungen an die Reichsregierung.
Der Landbundesrat des Landbundes der Provinz Sachsen, der am Freitag in Halle über die den heutigen Tag zur Verfügung stehenden Maßnahmen beriet, hat sich an die Reichsregierung mit folgendem Notruf gewandt:
„Durch die zunehmende Faltung der Regierung, wirft man Hilfsmittel für die deutsche Landwirtschaft zu ergreifen, wird die Frühjahrsernte und damit die künftige Ernährung unseres Volkes aufs schwerste gefährdet. Wir fordern daher:
1. Umgehende Durchführung des Landbundesrats Beschlusses über die Einführung von Zinsbegünstigungen für landwirtschaftliche Warenwechsel.
2. Rüdichtslose Anwendung der Devisenverordnung zur Umstellung aller überschüssigen Einflüsse.
3. Jofortige starke Herabsetzung der Düngemittelpreise sowie zinstreue Lieferung des Düngers zur Frühjahrsernte, da sonst mit einem weiteren sehr starken Rückgang der Düngemittelverwendung zu rechnen ist, zum Schaden der kommenden Ernte.
4. Ein Verbot, bei landwirtschaftlichen Zwangsernteerträgen der Frühjahrsernte zu erziehen, sofern nicht mindestens der Zinsfuß erreicht ist.“

Die Forderungen wurden sofort an die Reichsregierung weitergeleitet. Dazu bemerkt der Reichsdirektor des Landbundes: „Nicht nur die Landwirtschaft, sondern das gesamte deutsche Volk hat das dringende Interesse daran, daß das schnellste den Wünschen Rechnung getragen werde. Ein Verlegen der Hilfsmittel würde eine geordnete Bestellung der Felder im Frühjahr unmöglich machen. Die Folge davon müßte eine ungenügende Ernte sein, hinter der das Ergebnis des Jahres nicht, denn daß im nächsten Jahre durch den Uruhr eine Fehlerliste fortgesetzt werden kann, ist volkreistlich gesehen, eine Unmöglichkeit.“

Der hessische Studententag geht weiter.
Vorwärts gegen den Rektor.

Halle. Die Deutsche Studentenschaft hat jetzt eine Gegenklärung auf die Entschickung des Lehrkörpers der Universität veröffentlicht. Sie stellt darin mit Genehmigung fest, daß die halleische Professorenschaft die Motive des Kampfes des Studenten gegen D. Dehn versteht, doch kann die Studentenschaft den Professoren nicht folgen, wenn sie dem Rektor ihr „volles Vertrauen“ ausdrücken. Ein großer Teil der Schuld an den Vorkäufen ruht auf der Person des Rektors Mübin, der er verurteilt habe, die Wünsche und Ideen der Studenten zu verstehen. Es heißt dann weiter:
„Da für die Deutsche Studentenschaft der derzeitige Leiter der Universität untragbar ist und da sie einen Dozenten nicht anerkennen kann, der ihr Nationalgefühl beleidigt, sieht sich die Deutsche Studentenschaft gezwungen, auch weiterhin den Verhaltungen des Interesses fernzuhalten und nicht zu wagen, bis auch diese Differenzen beseitigt sind.“

Diese Maßnahme richtet sich nicht gegen die Universität und ihre Professoren, sondern sie richtet sich gegen die beiden Verantwortlichen, die sich selbst zu Sündern des heutigen Systems gemacht haben, von dem Universitätsprofessor Waentig — der ehemalige preussische Innenminister erklärt, es triebe eine Politik der Kurzsichtigkeit und des Widerpruchs.

Einsparrverbot für Wein- und Obstbäume.

Nach der Verordnung zur Verhinderung der Einschleppung von Krankheiten der Adelshöhlen vom 3. Juni 1930 ist der Verkauf von Samen, Früchten, und Pflanzlingen sowie von Teilen solcher Pflanzen, wie Weinbalsambäumen, Beibengrün usw. verboten. Die Einfuhr von Weinbalsambäumen war im Vorjahr jedoch ausnahmsweise von Fall zu Fall zugelassen worden, da die Kaufverträge über Lieferung von Weinbalsambäumen z. Z. schon abgeschlossen waren, bevor die Verordnung erlief. Wie die zuständigen Regierungsstellen nunmehr mitteilen, muß das B. in Zukunft streng durchgeführt werden.

Für Thüringen und den Harz, die Verordnungen von Weinbalsambäumen, ist dieses Einfuhrverbot von großer Wichtigkeit, da es den heimischen Markt schützt.

Neubau der Torgauer Elbfähre gefordert.

Die Arbeitsgemeinschaft der Elbfischfahrer nimmt die Totalharare eines Rahmes bei Torgau zum Anlaß, um in einer Eingabe an die Elbfischfahrerverwaltung in Magdeburg den sofortigen Neubau der Torgauer Brücke zu fordern.

Die Totalharare des Elbfahres habe, so heißt es in der Eingabe, zu einer Sperrung der Torgauer Brücke geführt. Der Verkehr war völlig unterbrochen. Schiffe aller Gattungen haben bis zu acht Tagen oberhalb und unterhalb der Unfallstelle festliegen müssen. Die direkten und indirekten Verluste der Schiffahrt durch dieses Vorformis, die sich bei den außerordentlich schwierigen Schiffahrtsverhältnissen jederzeit wiederholen können, würden schon allein den Neubau der Brücke rechtfertigen.

Die Arbeitsgemeinschaft ergeht daher die Elbfischfahrerverwaltung, die erste Rate für den Neubau der Torgauer Brücke beim Reichsverkehrsminister und Reichsfinanzminister schon für das Jahr 1932 zu beantragen.

Arbeitsbeschaffung durch — Eisenbahnberaubung.

Meistens in Halle. Das Schöffengericht Halle verurteilte einen 30 Jahre alten Schneider und ehemaligen Fürsorgezögling aus Mierleben wegen schweren Diebstahls bis zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte im Mai und im September auf der Straße Halle — Teufelsthal aus langjam fahrenden Bittergeräten zwei Stoffballen gestohlen, die er verarbeitete. Er gab nur Geständnis, er habe mit der ihm gestohlenen Unterhülle von wöchentlich 5.76 Mark nicht auskommen können.

Der Hausdiener griff den Bürgermeister an.

Hohenmölsen (Landr.). Weissenfels. Auf den früheren Hohenmölsener Bürgermeister Augustus aus Thale, der in Hohenmölsen zu Weissenfels wurde, wurde ebenfalls ein Verdict an. Der Verdict gelang es sehr schnell, den Täter in dem Hausdiener Paul des Hofstoffs „Deutsches Haus“ zu er-

mitteln und festzunehmen. Die Ursache des Anschlags ist noch nicht bekannt.

Das Sterben des Hotels.

Bad Köfen. Bereits vor einiger Zeit hatte der Besitzer eines Hotels keine Räume bei Nacht und Nebel verlassen und sie der Stadtbauerei zur Verfügung gestellt. Nunmehr wird eines der größten Bad Köfener Hotels, das „Hotel Kurgarten“, zur Zwangsversteigerung kommen.

Warnung vor einem „Reichswehr-Bermittlungsbureau“.

Weisensfeld. Das Polizeipräsidium teilt mit: „Seit einigen Monaten erscheint in vielen deutschen Tageszeitungen folgende Anzeige: „Wer will zur Reichswehr? Schreiben Sie an Vermittlungsbureau Weisensfeld, Postfach 170.“ Die Ermittlungen haben ergeben, daß es sich hier um ein auf reiner Einnahme beruhendes Unternehmung handelt, das weder beauftragt, noch in der Lage ist, irgendwelche Vermittlungen zu machen. Wende sich ein Bewerber an das „Bermittlungsbureau“, so erhielt er eine Nachnahme-Drucksache 2.20 Mark, die nichts weiter als die Einstellungsbedingungen enthält, die kostenlos durch jede Reichswehrformation zu erhalten sind. Gegen den Inhaber des „Bermittlungsbureaus“, den Kaufmann B. von hier, ist ein Strafverfahren wegen Betrugs eingeleitet.“

Kommunistenverhaftungen in Thüringen.

Von der Polizei wurden bei Angehörigen der KPD und bei Mitgliedern des Kampfbandes gegen den Faschismus in Dyrdruf Hausdurchsuchungen vorgenommen. Es verlautet, daß in einer Vernehmung mit den kommunistischen Führern geplant worden wäre, auf dem Eruppenfluggelände Dyrdruf Waffen und Munition zu entnehmen. Auch sei die gewalttätige Beilegung eines Führers der Nationalsozialisten beabsichtigt gewesen. Bei den Hausdurchsuchungen hat man beachtliches Material gefunden. Der Führer der KPD, in Dyrdruf und sechs Funktionäre wurden verhaftet.

Ehemaliger Fliegeroffizier als Heiltschmidler.

Celzig. Der 48 Jahre alte frühere Fliegeroffizier und jetzige Ingenieur Dörwaldt aus Magdeburg hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Rückfallbetrugs zu verantworten. Dörwaldt lernte im Dezember 1930 eine Ärztin in Celzig kennen und versprach ihr die Ehe. Auf Grund dieses Versprechens konnte er den Heiratsvertrag in Umeilen und Schmudschan im Werte von etwa 9000 Mark abschließen. In einem anderen Fall hatte der Angeklagte einem Arbeiter 500 Mark Kredit abgenommen, die dieser natürlich nicht wieder gesehen hat. Das Gericht erkannte wegen Rückfallbetrugs auf zwei Jahre Zuchthaus.

Todesstrafe auf der Verfolgung.

Celzig. Der am Hauptbahnhof Dienst tuende Hauptwachmeister Friedrich Baumann, der einen nachfolgenden Handtaschenräuber in einer Kraftfahrzeug verfolgte, wollte in der Pfauische Straße aus der Drohke springen, um den Räuber zu fassen, stürzte aber auf dem nassen Asphalt. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, an dem er im Krankenhaus starb. Der Radfahrer entkam.

Beim Entladen einer Wiffole erschossen. In Hamburg ging ein Werkmittel des Jugendgefängnisses, der eine ihm von einem Strafvollzugsbeamten nach Schluß des Dienstes übergebene Wiffole entladen wollte, dabei so unvorsichtig zu Werke, daß sich ein Schuß löste. Das Geschöß traf den im Zimmer anwesenden Strafvollzugsbeamten Schend in den Unterleib. Schend erlag der Verletzung, ehe seine Ueberführung in ein Krankenhaus erfolgen konnte.

Drei Personen von einem Auto erschlagen. In Hildinghausen (Westfalen) begegnete ein Landwirt, seine Frau und sein Kind, die sich auf dem Heimweg befanden, zwei Automobilen, von denen das eine nicht abgeblendet hatte. Vom Scheinwerferlicht wurden die Leute so geblendet, daß sie alle drei von Wege abfielen und überfahren wurden. Ein Sanitätswagen brachte die Familie nach Witten ins Krankenhaus, wo der Mann gestorben ist. Die Frau und ihr siebenjähriger Sohn liegen in bedenklichem Zustand danieder.

Berliner Chauffeur-Mord aufgefklärt.
Gefändnis eines Täters.

Berlin, 15. November.

Der Mord an dem Chauffeur Pohl hat seine Aufklärung gefunden. Der Straßenarbeiter Hermann Wiffloch aus Buchholz hat ein Geständnis abgelegt.

Er gab an, daß er seinen Komplizen Paul Rohrbach erst seit einiger Zeit kennt. Beide hatten in der Nacht ein Kino im Berliner Norden besucht und nach Beendigung der Vorstellung einige Glas Bier getrunken. Da sie ihr ganzes Geld ausgegeben hätten, sei dann Rohrbach auf den Gedanken gekommen, mit einer Tasse über Buchholz hinauszufragen und den Chauffeur zu erschließen. Am Drohkeplatz an der Kirche in Pankow habe dann der ermordete Chauffeur Pohl gehalten. Sie hätten dann mit ihm einen Preis nach Sperlingstraße vereinbart.

Kurz vor 12 Uhr seien sie dann in der Nähe des Taktors angekommen, und Rohrbach habe hier die Drohke halten lassen. Fast unmittelbar darauf habe Rohrbach den im Wagen sitzenden Chauffeur erschossen, wobei er ihm die Wiffole vor das Gesicht gehalten hätte. In aller

Eile hätten sie ihm dann Joppe und Weste aufgeschliffen und auch die Brieftasche gefunden, die allerdings nur einen Führerschein und einige Zettel, jedoch kein bares Geld enthalten hätte.

Die Aufklärung der Tat ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß von vornherein eine gewisse Orientierung der Täter vorausgesetzt wurde und außerdem am Tatort eine Zigarette von der Marke „Dicke Part“ gefunden wurde. Diese Anhaltspunkte in Verbindung mit der Tatsache, daß Hermann Wiffloch in Buchholz in verdächtiger Weise sich über die Mordtate unterhalten hatte, führten dann zu seiner Festnahme und zur weiteren Klärung der Tat.

Soll er sich meiner getraut? — Berrat an Berta — Joris, der Ausbreiter — Meine liebe Frau — Möblierte Zimmer u. a. Spannende Geschichten bringt die wieder sehr interessante und reichhaltige Nummer 12 der bekannten „Wahren Erzählungen“ (Verlag Dr. Schönskyer, Berlin SW. 68). Das reich illustrierte Heft ist für 50 Pf. überall zu haben.

John Eisenbahningenieur voll Katholiker für die Deutsche Winterhilfe! Das Haus Katholiken in Berlin hat vierhunderttausend Bafere Katholiken, die im Winter an Arbeitslose kostenlos verteilt werden sollen, gespendet.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 18. November (Bußtag).

Kollekte für die Reinleber Initiativen.
Kernberg
Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Propst Vertram.
Abends 7 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl.
Propst Vertram.

Commio.

Vorm. 11 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Beichte und Abendmahlsfeier. Propst Vertram.

Dienstag abends 8 Uhr Bibelstunde
im Bürgeraal.
Prediger Westermann-Bittenger.

Hierzu wird herzlich eingeladen

Des Bußtags wegen gelangt die nächste Nummer

Donnerstag nachmittag 2 Uhr
zur Ausgabe.

Verlag der „Kemberger Zeitung“.

Empfehle zum Bußtag
ab heute abend billigst
fr. Schellfisch
Goldbarsch
Bwe. E. Heinicke, Tel. 356

Als 1 Gutscheine gilt

jede Umhüllung der 5er-Packung von **MAGGI** Fleischbrüh-Würfeln,
— auch wenn sie noch nicht mit Gutscheine-Aufdruck versehen ist. —
Es gelten aber nicht als Gutscheine die Umlegestreifen der einzelnen Fleischbrüh-Würfel.



Zwangsversteigerung.

Versteigert wird

am **14. Januar 1932, 10 Uhr**

an der Gerichtsstelle, Zimmer 2, das in Grundbuch von Kemberg Band XVI Artikel 773 eingetragene Grundstück: Gemarkung Kemberg, Hausbesitzung Wittenbergerstraße 54 mit nicht vermessenen Hausgarten, Pflanzenerker 164 qm.
Eigentümer: der Zimmermann Wilhelm Delater in Kemberg
Der Termin am 26. November 1931 ist aufgehoben.
Kemberg, den 10. November 1931.

Unterschied

Brennholzverkauf

der **Oberförsterei Tornau b. Düben a. d. W. am 25. November 1931 ab 10 Uhr im Heidegrün in Tornau.** (Neuer Einschlag).
Brenzhaus Jng. 96a (Eglog) Et 14 Mo, 1 Bruch, Me: 405 Mo, 45 Kni, 29 Bruch.
Lutherstein Jng. 71c (Muschel) Et: 17 Mo, 4 Kni, 2 Bruch; Wdu: 219 Mo, 8 Kni, 45 Bruch; Me: 3 Mo.
Tornau-Nord Jng. 119e, 74Ab, 108Bb, Et: 1 Mo; Wdu: 55 Mo, 18 Kni; Me: 6 Mo, 4 Kni, 1 Weis I, Me: 20 Mo, 7 Kni.
Versteigerung vorbehalten.

Brennholz-Auktion

Am **Dienstag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr** versteigere ich auf meinem Plan am Wege von Rotta nach Lubast

ca. 30 rm kiefern Rollholz

öffentlich meistbietend

Der Besitzer Karl Richter

Maß-Gänse

frischgeschliffene Hasen

bratfertig, auch geteilt

Reh zerlegt

sowie reichhaltiges Lager von

ff. weißen Gänse-Zedern

bei **Arthur Thamm, Bergwitz**

— Fernruf 289 —

Spratts Hundekuchen

zu haben bei **Rudolf Suhn**

empfehlen **Richard Arnold**

Früh eingetroffen Braueringe

1 Liter **60 Pfg.**
Dose
Bratrollmops Hering in Gelee
Kronsardinen, Oelsardinen
Bismarkheringe
Seelachs in Schräben
Seelachsschnitzel, lose

Appetitsild
Filetheringe in Majonäse
Appetitkappen
frische Bäcklinge

eingemachte Heringe 10 Pf.

Fetheringe 10 St. 50 Pf.

Sauerkohl Pfd. 10 Pfg.

saure Gurken
Frischgurken Pfeffergurken
Senfgurken

empfehlen billigst **J. G. Glaubig**

Eine vierzimmer-

Wohnung

zu vermieten
Schmiedbergerstr. 11

Empfehle frisch eingetroffen Schellfisch - Goldbarsch

Fischfilet

ff. Matjesheringe

ff. Vollbäcklinge

Sprolten ger. Schellfisch

äußerst preiswert

Richard Sempelhof, Tel. 256

Sämtliche

Schlachte - Gewürze

billigst bei **J. G. Glaubig**

Pudel entlaufen

groß, braun, Sonnabend nachmittag.

Gegen hohe Belohnung abzugeben

Dr. Möller

Zum Mittwoch

empfehle

Kaffee u. Kuchen

Pökelnochen

mit Sauerkraut und Meerrettich

und versch. andere Speisen

Um gütigen Zuspruch bittet

W. Richter

„Zum Weinberg“

Zum Mittwoch empfehle

ff. Kaffee und

Pfannkuchen

Paßend. Dunkel - Exportbier

Es laden freundlichst ein
E. Fehner

Bahnhofswirtschaft

Heiden

Mittwoch, den 18. November, von

2 Uhr an

Preis-Stat

Zum Totensonntag

empfehle

künstliche Blumen

in **Papier und Wachs**

Capblumen, Nelken, Chrysanthemen
Dahlien, Rosen, Bronze-Rosen, Seerosen, Callas, Camilien, Pflönnen,
Kranzauflagen — Ferner

Eichenlaub, Buchenlaub, Magnoliablätter, Lorbeerblätter,
Cycaswedel, Arecawedel, Adlerfarne, Alpenfarne, Ruskus.

Statische, weiß und farbig

Pflze - Hagebutten - Ilexbeeren
Schneebeeren - Schlehen - Eichen
Mohnköpfe - Rauhkarden - Zapfen
in verschied. Größen - Islandmoos

Steck- und Wickeldraht

Papier, Schirting- u. Atlasband sowie fertige Schleifen.

Günstigste Bezugsquelle

— für Kranzbindereien —

Rich. Arnold, Kemberg, Markt

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß schloß

mein lieber Mann

Max Döhler

im 36. Lebensjahre für immer die Augen.

Gniest, den 15. November 1931

Die trauernde Gattin

Emma Döhler

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr in Rotta statt

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Öffentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise 40 Pfg., Ausnahmestellen 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich. / Beleggebühren: 10 - 20 M. das Raumbild, zusätzlich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 136

Dienstag, den 17. November 1931

33. Jahrg

Stand der öffentlichen Verschuldung.

Gesamtsschuld rund 24,1 Milliarden Mark.

Berlin, 15. November.

Wie aus einer Uebersicht des Staatlichen Reichsamt herausgeht, erstreckt sich für Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. März 1931 eine Verschuldung von rd. 24,1 Milliarden RM, unter Ausschluß der gegenseitigen Schuldbeziehungen zwischen den Körperschaften, die sich auf etwa 1,4 Milliarden RM belaufen.

Die Summe der auf den Kreditmärkten aufgenommenen Schulden hat sich seit der erstmaligen Erfassung im Jahre 1928 um 9 1/2 Milliarden RM erhöht, bleibt jedoch auch unter Berücksichtigung der Tatlage, daß außer den Gebietsverschuldungen die reichlich selbständigen öffentlichen Betriebe erhebliche Schulden aufweisen, immer noch hinter dem Betrag von rd. 32 Milliarden RM im letzten Vorjahresjahr zurück. Dagegen hat die Zinsbelastung aus den Schulden die Vorjahreshöhe längst überschritten. Wenn man mit einer Durchschnittszinsverbindung von nur 7 Prozent rechnet, ergibt sich gegenwärtig eine Jahreslast (ohne Tilgungsquoten) von rd. 1,7 Milliarden RM gegenüber rd. 1,3 Milliarden RM im Jahre 1914 (Durchschnittszins etwa 4 Prozent). Die jährliche Zinslast ist also trotz niedrigerer Verschuldung um rd. 400 Millionen RM gewachsen.

Im Gesamtrahmen der Verschuldung der verschiedenen Wirtschaft, die auf etwa 90 Milliarden RM zu veranschlagen ist, nimmt die Verschuldung der Gebietskörperschaften mit rd. 27 v. H. eine bedeutende Stellung ein.

Das Anwachsen der öffentlichen Schulden hat sich seit 1928 von Jahr zu Jahr verringert (Reinzugänge in den drei Jahren 3,6, 3,2 und 2,8 Milliarden RM). Der nach der Währungsstabilisierung angekaufte Kreditbedarf wurde allmählich befriedigt, und es sind einzelne öffentliche Aufgaben mit hohen Kapitalerfordernissen (z. B. Wohnungsbau) bis zu einem gewissen Grade gelöst worden. Von der Gesamtsumme der Jahre 1928 bis 1931

in Höhe von 9,48 Milliarden RM entfallen nicht weniger als 2,14 Milliarden RM auf die Kriegs- (Polen) Schuldverschuldungen und die Reparationsanleihe des Reiches (Young-Anleihe zu zwei Dritteln), die zwar eine Zins- und Tilgungslast, aber keinen verminderten Kapitalzufluß brachten.

Die gelamte Kreditmarktverschuldung

(2,1 Milliarden RM) verteilt sich am 31. März 1931 mit 11,34 Milliarden RM oder 47,1 v. H. auf das Reich, mit 9,93 Milliarden RM oder 41,3 v. H. auf die Gemeinden (Gemeindeverbände), mit 2,17 Milliarden RM oder 9 v. H. auf die Länder (ohne die Hansestädte) und mit dem geringen Rest von 0,64 Milliarden RM oder 2,6 v. H. auf die Hansestädte.

Das gegenwärtig beinahe die Hälfte aller öffentlichen Schulden auf das Reich entfällt, ist immer noch eine Auswirkung des Krieges und der Kriegesfolgen, während die hohe Quote der Gemeinden hauptsächlich durch den ersten Investitionsbedarf der letzten Jahre bedingt ist.

Dem absoluten Betrag nach ist das Reich am höchsten verschuldet.

Seine gesamten Verpflichtungen übersteigen die Kommunalsschuld noch um etwa 100 Millionen RM, während sie in den vergangenen Jahren meist hinter ihr zurückblieben. Der Kapitalbetrag der Verschuldung ist mit 406 RM am höchsten bei den Hansestädten. Er liegt noch um etwa 100 RM über dem Betrag für die zum Vergleich am besten geeigneten Großstädte (303 RM), jedoch hat sich hier seit 1928, wo die Zahlen relativ noch weiter auseinander lagen (260 RM für Hansestädte, 168 RM für Großstädte), eine gewisse Annäherung ergeben.

Die Schulden der Großstädte zeigen die stärkste Steigerung seit 1928 (rd. 97 v. H.).

Sie geben innerhalb der Gemeinden so sehr den Ausschlag, daß sich für die Kommunalverschuldung überhaupt die höchste Steigerungszahl errechnet (72 v. H. des Standes von 1928 gegenüber 39 v. H. beim Reich und 48 v. H. bei den Ländern).

Reparaturen und Kredite

Baldwin vor dem Unterhaus.

London, 14. November.

Am englischen Unterhaus sprach Baldwin über die finanzielle Lage Englands und auch Deutschlands. Die Konsequenzen über die Goldwährung bezeichnete er als notwendig. Mit Bezug auf die Kriegsschulden und Reparationen erklärte Baldwin die ganze Welt sei heute darüber klar, daß die Abkommen unannehmbar seien. Die durch Hoover eingeleitete Kampagne reiche nicht aus. Die Zukunft ist ungewis, geliebter, der Vertreter der Regierung hat auf der Londoner Konferenz im vergangenen Juli erklärt, daß die Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse in Deutschland im Interesse der ganzen Welt liege.

London ist in hohem Maße behilflich gewesen bei der Finanzierung Deutschlands, und hat es dadurch möglich, keinen internationalen Handel fortzuführen und keine Reparationen zu zahlen. Diese finanziellen Vorteile waren nicht spekulativ, sie stellen die beste Art von Sicherheit dar, die dem Markt bekannt war, und es ist klar, daß die Sicherheit

für diese Verpflichtungen nicht durch politische Schulden gefährdet werden darf. Wenn dies Platz greifen würde, würde es Deutschlands Handelsrecht zerstören, und wenn einmal Deutschlands Handelsrecht zerstört wäre, würde es überhaupt keine Zukunftsaussichten auf Reparationen geben.

Deutsch-französische Differenzpunkte.

Provisorium und Kreditfrage.

Berlin, 15. November.

In der gegenwärtigen Verhandlungssphäre, soweit sie sich durch die letzte deutsche Fühlungsnahme kennzeichnet, spielen, wie zuverlässig verlautet, vor allem zwei deutsch-französische Differenzpunkte eine Rolle, und zwar wird von französischer Seite der Standpunkt vertreten, daß die jetzt zu treffende Regelung streng auf den Zeitabschnitt der gegenwärtigen Krise beschränkt bleibe. Ein Inkrafttreten des Youngplans soll für den Fall erfolgen, daß eine Besserung der Lage eingetreten ist.

Das bedeutet also, daß die französische Regierung die jetzige Regelung nur als ein Provisorium anlehnt, nach dessen Ablauf die Verpflichtungen des Youngplans wieder aufgenommen werden sollten, während auf deutscher Seite eine endgültige Regelung in Vorschlag gebracht worden ist, da sich gezeigt hat, daß der Youngplan in seiner jetzigen Gestalt überhaupt nicht mehr für die Reparationsfrage brauchbar sein kann.

Die zweite Differenz liegt in der Auffassung über die Frage der kurzfristigen Kredite. Von französischer Seite wird anerkannt, daß eine Regelung der kurzfristigen Kredite erfolgen muß, es wird jetzt darauf hingewiesen, daß in dem Katalog der kurzfristigen Kredite sich solche finden, die ohne weiteres zum Ausfall kommen müssen. Werden diese faulen Kredite aus dem Gesamtrahmen herausgenommen, so würden, wie die Franzosen meinen, Mittel zu Reparationszahlungen frei.

Von deutscher Seite wird das mit Recht bestritten.

Zusßerdem sind die Schwierigkeiten bei der Aufspaltung der Kredite unangehmer groß, und vor allem würde Deutschland durch eine solche Regelung, wenn sie überhaupt möglich wäre, allerschwersten Schaden im Hinblick auf seinen Auslandskredit erleiden. Ueber diese beiden Punkte wird Staatssekretär von Bülow bei seiner Anwesenheit in Paris mit den beteiligten französischen Stellen noch verhandeln. Dazu kommt dann weiterhin noch die Frage, ob reber dem Sachverständigenausschuß der VÖZ, noch ein zweites Ausschuß mit erweiterter Vollmacht eingesetzt werden soll.

Die erste Kommissionsitzung.

Paris, 15. November.

Ueber den Verlauf der ersten Sitzung der Gemischten deutsch-französischen Kommission ist zu berichten, daß Ministerpräsident Laval in seiner Begrüßungsansprache an die Versammlungen mit Reichsstaatsrat Dr. Brüning anknüpfte und die Notwendigkeit betonte, zur Behebung der Weltwirtschaftskrise zu einer Zusammenarbeit zu gelangen. Staatssekretär Dr. Trendelenburg überbrachte die Grüße des Reichsstaatsrats, der zur Mitarbeit in jeder Hinsicht bereit sei.

nehmlich die Frage der Zinsentlastung und der Ausforderung der Tarife erörtert.

Bei der Ausforderung der Tarife ist in Aussicht genommen eine Verringerung der Tarifverträge infolgedessen, als diese Verträge in Zukunft nicht mehr ein Gebiet in dem bisherigen Umfang umfassen sollen, sondern es besteht die Möglichkeit, diese Tarifverträge nach Branchen für sich einzugehen. Weiter spielt die Kündigungsklausel und die Festsetzung gewisser Ausnahmefälle eine Rolle in dem Sinne, als unter Umständen den Betrieben eine untertarifliche Bezahlung zugestanden werden soll, die bei der Gültigkeit der Tarifhöhe nachweisbar mit Verlusten arbeiten müssen.

Forderungen des Großhandels.

Für internationale Stabilität der Währung.

Präsident und Vorstand des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Leberje-Handels hielten dieser Tage in Berlin eine Tagung ab. Zunächst wurden die Fragen der Devisenbewirtschaftung besprochen. Es wurde die Notwendigkeit betont, alle Kräfte für die Wiederherstellung der internationalen Stabilität der Währungen wenigstens der wichtigsten Länder und für die Befestigung der vorhandenen Bestreitungen einzusetzen. Die Rückkehr zu den primitivsten Formen des Zahlungsverkehrs ist sonst unvermeidlich.

In der weiteren Aussprache wurde bedauert, daß die Maßnahmen der Reichsregierung zum Teil zu spät erfolgt seien, zum Teil sich als völlig unzulänglich erweisen hätten. Die wiederholte vergebene Senkung der Selbstkosten sei nicht erfolgt. Der Großhandel lie in vielen feiner Zweige in einer geradezu verzweiflungsvollen Lage.

Aus Anlaß der Beratungen des Wirtschaftsrates wurde die Forderung erhoben, daß man schnellstens zu einer Zinsverbilligung gelangen müsse. Vor allem würde baldige Senkung des Reichsbankdiskonts verlangt. Weiter wurden Maßnahmen für notwendig gehalten, um die Zahlung der Zahlungsfähigkeit kümmerlicher Schuldner zu befähigen.

Die Regierungsvorlage über ein Zugabeverbot.

Der Reichsausschuß für das Zugabeverbot nimmt zu dem von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen die Gewährung der Geldentwertung entgegen. In der grundsätzlichen Frage des Verhältnisses des Abwärtigen der Zugabegegner. Von zahlreichen sachverständigen Stellen ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß nur eine Regelung, die lediglich Restematerialien oder eigenen Verbrauchs- oder Gebrauchsgüter ausnehme, den Forderungen gerecht werden könne. Das Zugabeverbot würde auch dann keinerlei Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Gefolge haben, denn in der Regel stellen sowohl Hauptware als auch Zugabe Gegenstände des täglichen Gebrauchs dar, die dann auf dem normalen Wege über den Einzelhandel an den Verbraucher gelangen dürfen.

Kulturelle Not.

Bis zu fünfzig Prozent Abstriche bei der Wissenschaft.

Berlin, 15. November.

Die gewaltige Finanznot wird sich in den nächsten Etats des Reichs und der Länder bedauerlicherweise auch sehr stark bei den Ausgaben für die Wissenschaft und für kulturelle Zwecke bemerkbar machen. Aus den Verhandlungen zwischen preussischem Kultus- und Finanzministerium ist der preussische Kultus-Etat für 1932 mit ganz erheblichen Abstrichen hervorgegangen.

Um an einem Beispiel zu zeigen, wie stark die Kürzungen sein sollen, sei darauf hingewiesen, daß der Staatsrat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, eine der herausragendsten deutschen wissenschaftlichen Organisationen, mit großen Forschungsinstituten, von 500 000 auf 250 000 M. herabgesetzt werden soll. Starke Abstriche werden auch die Ausgaben für Universitäten und andere wissenschaftliche sowie kulturelle Zwecke erfahren. Insbesondere leiden unter der Finanznot die wissenschaftlichen Hilfsfonds des Kultusministeriums, aus deren Zuschüsse für wissenschaftliche Zwecke gewährt werden. Bei ihnen sind Kürzungen um teilweise 50 Prozent erfolgt.

Gleiche Sicherheit für alle!

Erklärungen des Reichswehrministers.

Berlin, 14. November.

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ erklärte Reichswehrminister Groener unter anderem:

Sie fragen mich, ob Deutschland benötigte, seine nationale Sicherheit dadurch wiederherstellen, daß die gleichen Abrüstungsbedingungen, die 1919 auf die besiegten Länder angewandt wurden, jetzt für alle Staaten in Geltung gesetzt werden.

Diese Frage trifft das Kernproblem der Abrüstung, so wie es sich von Deutschland aus darstellt. Deutschland hat das Recht auf gleiche Behandlung wie alle anderen Staaten. Es hat das Recht auf die gleiche Sicherheit und auf die gleichen Methoden der Abrüstung.

